leichtesten erkennen läßt, mit welchen Verrechnungen die Propaganda der Linken wieder einmal gearbeitet hat. Zunächst handelt es sich bei der Osthilfe gar nicht um Geschenke an die Landwirtschaft. Vielmehr wird ein Teil der Schuldenlast der Landwirtschaft dadurch tragbarer gemacht, daß besonders drückende Schulden sofort an den Gläubiger gezahlt werden und der landwirtschaftliche Schuldner dafür mit einer neuen Schuld belastet wird, die allerdings günstigere Zins- und Rückzahlungsbedingungen als die alte enthält. Die Osthilfe ist also ein sogenanntes Umschuldungsverfahren, das verhüten soll, daß der Landwirt, dessen Erzeugnisse im Preise stark gefallen sind, an den gleichgebliebenen hohen Zinslasten zugrunde geht. Daraus ergibt sich schon, wie schief die Behauptung ist, dieser oder jener Besitzer im Osten habe eine halbe Million bekommen. In Wirklichkeit ist er mit diesem Betrag verschuldet. Denn die Osthilfegelder müssen genau wie jeder andere Kredit verzinst und zurückgezahlt werden. Es sind dafür hypothekarische Sicherheiten zu leisten, die allen bankmäßigen Erfordernissen entsprechen müssen. Ja, die Bedingungen für die Umschuldung sind so streng, daß ein recht erheblicher Teil der Betriebe sie gar nicht erfüllen kann, deshalb ausscheidet und damit dem unausbleiblichen Zusammenbruch geweiht ist. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß die Osthilfe von den Steuergroschen des kleinen Mannes finanziert werde. Nicht ein Pfennig kommt aus öffentlichen Mitteln! Vielmehr kommen die dazu benötigten Gelder aus dem Aufkommen der Aufbringungsgelder der Industrie, die in die Industriebank fließen. Diese wieder gibt die ihr anvertrauten Gelder der Industrie nach streng bankmäßigen, rein privatwirtschaftlich gerichteten Grundsätzen für die Zwecke der landwirtschaftlichen Umschuldung aus. Und die Klagen der Landwirtschaft gehen ja gerade dahin, daß unter diesen kaufmännischen Gesichtspunkten die nationalwirtschaftlichen Erfordernisse schwer zu leiden hätten. Wie unsinnig weiter die Vorwürfe der Linken sind, daß durch die Osthilfe Rennpferde, Güterankäufe oder gar nationale Parteien finanziert worden seien, ergibt sich wohl am sprechendsten daraus, daß die Umschuldung überwiegend bargeldlos erfolgt. Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel werden meist unmittelbar auf das Konto der Gläubiger überwiesen. Der Landwirt selbst bekommt bares Geld in den meisten Fällen gar nicht in die Hände. Nur dann, wenn aus besonderen nationalpolitischen Gründen der Betrieb eines Gutes, dem die Mittel fehlen, als wünschenswert erachtet wird, können in ganz beschränktem Umfange Bargelddarlehen zur Sicherung der Betriebsmittel auch an den Landwirt gegeben werden. Im allgemeinen hat in erster Linie der Gläubiger unmittelbaren Nutzen von der Osthilfe, und damit vor allem die Lieferanten der Landwirte in Industrie, Handwerk und Gewerbe. Für den Landwirt tritt keine Ermäßigung der Schuldenlast, sondern nur die Senkung überhöhter Zinslasten ein. Er bekommt keine Geschenke, ja, er sieht nicht einmal bares Geld. Berücksichtigen wir noch, daß die Osthilfe in ihrer derzeitigen Form von Brüning unter stillschweigender Zustimmung der Sozialdemokratie ins Leben gerufen wurde, dann dürften die jetzigen Angriffe der Linken, denen man nunmehr sogar durch Bildung eines Untersuchungsausschusses Gewicht beizulegen versucht, als reine Agitationsmanöver der Partei des Klassenkampfes hinreichend gekennzeichnet sein.

Internationale Kontrollfragen in Genf

Deutscher Generalvorbehalt

Genf, 24. Jan. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat heute in einer öffentlichen Sitzung den Abkommensentwurf über Zusammensetzung und Befugnisse einer ständigen internationalen Rüstungskontrollkommission angenommen und an den Hauptausschuß weitergeleitet. Deutscherseits wurden eine Reihe von Abänderungen beantragt, denen jedoch nur zum kleinen Teil zugestimmt wurde. Zur Debatte standen besonders die Befugnisse der Kommission, ihr Recht, in einem Lande, dem Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen vorgeworfen werden, militärische Untersuchungen — Investigationen — an Ort und Stelle anzuordnen und vorzunehmen. Die Vertreter von Deutschland, Italien, Japan und England meldeten den Generalvorbehalt gegen das gesamte Kontrollabkommen an.

Botschafter Nadolny machte ausdrücklich die endgültige Stellungnahme Deutschlands zur internationalen Kontrollfrage von dem Ausmaß des allgemeinen künftigen Abrüstungsabkommens und damit von dem gesamten endgültigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz abhängig.

In der abschließenden Durchberatung des Kontrollabkommens wurde vom Präsidium auf amerikanischen Wunsch eine Bestimmung angenommen, nach der eine Regierung gegen sich selbst ein „Investigationsverfahren" an Ort und Stelle beantragen kann. Botschafter Nadolny lehnte diese Bestimmung als zwecklos ab und wies auf die damit gegebene Möglichkeit hin, durch unkontrollierbare Pressefeldzüge eine Regierung unter den moralischen Zwang zur Beantragung eines „Investigationsverfahrens" gegen sich selbst zu setzen. Das Präsidium lehnte jedoch die deutschen Bedenken gegen die Stimmen von Deutschland und Italien ab und

nahm das Investigationssystem an, nach dem im Falle der Klage einer Regierung wegen Bruches oder drohenden Bruches des Abrüstungsabkommens ein Investigationsverfahren an Ort und Stelle in dem verklagten Staate durch einen internationalen Kontrollausschuß stattfinden muß.

Von deutscher Seite wurden die weitestgehenden Bedenken geäußert und verlangt, daß das Investigationsverfahren als eine außerordentlich ernste, schwerwiegende Maßnahme nur nach Erschöpfung aller anderen Mittel und nur unter Einstimmigkeit des gesamten Kontrollausschusses mit Ausnahme des klagenden und des beklagten Staates beschlossen werden dürfe. Die von England und Italien geforderte Einstimmigkeit des Völkerbundsrats im Falle eines Investigationsverfahrens wurde gleichfalls abgelehnt. Das Investigationsverfahren kann nach dem Abkommen mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Kontrollausschusses beschlossen werden. Auf deutsche Forderung wurde die ursprünglich vorgesehene sofortige uneingeschränkte Veröffentlichung der Ergebnisse der Untersuchung von dem Beschluß des Kontrollausschusses abhängig gemacht.

Die allgemeine Tendenz der Verhandlungen des Präsidiums über das Investigationssystem war offensichtlich auf Deutschland abgestellt. Die Vertreter Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten gaben ihre Zustimmung in der sichtlichen Erwägung, daß für die von ihnen vertretenen Großmächte ein solches Investigationsverfahren niemals Anwendung finden würde.

Die Deutschland gegebene allgemeine Zusicherung, sämtliche Mächte würden sich ausnahmslos einem Investigationsverfahren unterwerfen, erscheint angesichts der vorherrschenden Stimmung als eine leere, unehrliche Phrase.

Der französische Abrüstungsplan wird bevorzugt behandelt

Genf, 24. Januar. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag auf Antrag der französischen Regierung beschlossen, auf die Tagesordnung des am 31. Januar zusammentretenden Hauptausschusses sämtlicher Mächte als ersten Punkt den großen französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan zu setzen. Botschafter Nadolny beantragte im Präsidium, daß die weitgehenden deutschen Abrüstungsanträge, in denen Deutschland die allgemeine qualitative Abrüstung nach den Deutschland zwangsweise im Versailler Vertrag auferlegten Methoden fordert, parallel mit den großen französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan zur Behandlung gelangen. Präsident Henderson gab darauf die Zusicherung, daß nach einer allgemeinen drei- bis viertägigen Aussprache über den französischen Plan das Präsidium von neuem zur Feststellung des weiteren Arbeitsprogramms zur Abrüstungskonferenz unter Berücksichtigung der deutschen Anträge zusammentreten werde.

Streichungen am französischen Wehretat

Paris, 24. Jan. Der Finanzausschuß der Kammer nahm am Dienstagvormittag die Erklärungen des Kriegsministers Daladier und des Kriegsmarineministers Leygues über die von den Sozialisten beabsichtigten weiteren Streichungen im Heereshaushalt entgegen.

Daladier erklärte, daß die Abstriche, die in dem Regierungsvorschlag vorgesehen seien, das Höchstmaß dessen darstellten, was im Augenblick gemacht werden könne. Größere Streichungen könnten erst vorgenommen werden, wenn das Heer neu organisiert sei. In dieser Erwartung sollen in das zweite Haushaltzwölftel neue Bestimmungen aufgenommen werden, die bis 1938 die Zahl der aktiven Offiziere um 5000 verringern und die der Pferde der Artillerie und Kavallerie wegen der Motorisierung um 10 000.

Leygues erklärte, daß jede weitere Streichung im Kriegsmarinehaushalt unmöglich sei. Frankreich brauche eine starke Seepolizei, um den Schutz seiner Küstengebiete und die Sicherheit seiner Seeverbindungen zu garantieren.

Der Finanzausschuß lehnte mit 17 gegen 15 Stimmen einen sozialistischen Antrag ab, der darauf hinauslief, die Reservistenübungen aus Ersparnisgründen abzuschaffen. Er hat außerdem mit 15 gegen 13 Stimmen den Antrag auf Einstellung des Baues des 26 000-Tonnen-Kreuzers „Dünkirchen" abgelehnt. **Nach den Ausführungen des Kriegsministers wurden die von der Regierung vorgeschlagenen Streichungen für die drei an der nationalen Verteidigung interessierten Ministerien angenommen, die sich wie folgt verteilen: Luftfahrtministerium 301 Millionen, Kriegsministerium 212 Millionen, Marineministerium 125 Millionen.**

Der Finanzausschuß nahm schließlich mit 16 gegen 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Gesamtheit der von ihm beratenen Finanzmaßnahmen an. Die von der Regierung besonders gewünschte Erhöhung der Einkommensteuer um 5 Prozent ist vom Ausschuß nicht angenommen worden.

Die Arbeitsmarktlage – 5 966 000 Arbeitslose

Berlin, 24. Jan. In der ersten Januarhälfte hat sich die Arbeitslosenkurve gegenüber dem Vorjahre weiter so verflacht, daß sie erstmals nach fünf Jahren mit der des Vorjahres zusammentrifft. Damit ist die Ueberlagerung, die seit 1928 in jedem Zeitpunkte gegenüber dem Vorjahre bestand und die Anfang Juni 1932 noch über 1½ Million betragen hat, zunächst überwunden. Nach einer Zunahme von rund 193 000 Arbeitslosen — in der ersten Januarhälfte des Vorjahres fast 300 000 — ergab sich für den Stichtag vom 15. Januar bei den Arbeitsämtern eine Zahl von rund 5 966 000 Arbeitslosen. — In der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zusammen betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger Mitte Januar rund 2 214 000. Hiervon entfielen auf die Arbeitslosenversicherung nach einer Erhöhung um rund 76 000 Unterstützte rund 867 000, während in der Krisenfürsorge ein Zuwachs um rund 66 000 auf rund 1 347 000 stattfand.

Vor Erlaß der Butterbeimischungs-Verordnung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Jan. Die Beratungen und Verhandlungen über die Durchführung des Butterbeimischungszwanges sind so weit gefördert, daß, wie heute an amtlicher Stelle mitgeteilt wird, die Durchführung der Verordnung zur Butterbeimischung demnächst erscheinen wird. Erläuternd wird hinzugefügt, daß diese Tatsache nicht zu bedeuten brauche, daß die Verhandlungen mit der Margarineindustrie vollkommen negativ verlaufen seien, denn die Vereinbarungen mit der Industrie müßten, damit sie wirklich bindend sind, doch auch im Rahmen einer Verordnung niedergelegt werden.

Neue Mittel für Meliorationen

Berlin, 24. Jan. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird nunmehr in Uebereinstimmung mit dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung weitere 20 Millionen Reichsmark zur Ausführung von landwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Verteilung bringen. Insgesamt sind demnach auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 für landwirtschaftliche Meliorationen 45 Millionen Reichsmark bereitgestellt worden.

Weitere 50 Millionen für Hausreparaturen

Berlin, 24. Jan. Nachdem das Reichskabinett vor einigen Tagen die Bereitstellung von weiteren 50 Millionen zur Ausführung von Hausreparaturen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms beschlossen hat, ist heute nachmittag die entsprechende Verordnung erlassen worden. Die Verordnung gewinnt besondere Bedeutung dadurch, daß diese Summe

vor allem für Hausreparaturen innerhalb der Gebäude zur Verfügung gestellt wird, daß also auch während der Frostperiode Arbeiten vergeben werden können.

Es ist weiter damit zu rechnen, daß in der nächsten Woche eine zusammenfassende Verordnung über eine Reihe von Vereinfachungsmaßnahmen veröffentlicht wird. Vor allem wird es sich dabei um eine Vereinfachung der Steuerveranlagungen, um Maßnahmen zur Münzreform und ähnliche Bestimmungen handeln.

Amerika zu Schuldenverhandlungen bereit

Washington, 24. Jan. **Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, nach dem 4. März jederzeit mit allen nichtsäumigen Schuldnerländern Amerikas auf ihren Antrag in Verhandlungen über eine Revision der Schulden einzutreten.**

Roosevelts Auffassung von dem gesamten Komplex des Schuldenproblems glaubt man in politischen Kreisen dahin charakterisieren zu können, daß er sich keineswegs Besprechungen auch mit den Staaten, die am 15. Dezember nicht gezahlt haben, verschließen werde. Der neue Präsident dürfte, wie es heißt, in der Nichtzahlung weit mehr einen Verzug sehen als eine Vertragsverletzung.

Chamberlain für Aufrechterhaltung der Lausanner Regelung

London, 24. Jan. Der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain hielt am Dienstagabend eine große Rede in Leeds, in der er auch auf die Kriegsschuldenfrage zu sprechen kam, wobei er mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Lausanner Abkommens hinwies. Die englische Regierung glaube, daß die vollständige Streichung der Kriegsschulden und Reparationen das beste sein würde. Wenn aber die amerikanische öffentliche Meinung noch nicht genügend aufgeklärt sei und daher Amerika noch nicht so weit gehen könne, so würde er zunächst die Verhandlungen prüfen, und zwar unter zwei Voraussetzungen: a) Die Regelung müsse endgültig sein, b) es müsse Sicherheit geschaffen sein, daß sie nicht eine Wiederaufnahme der Ansprüche gegen Deutschland in sich einschließe, die durch die Lausanner Regelung ein für allemal beendet werden sollte. — Wenn man die Lausanner Regelung störe, so würden damit alle Wunden wieder geöffnet werden.

Die Ziele der polnischen Außenpolitik

Ostpreußen und Schlesien!

Berlin, 24. Jan. Wie ein Genfer Korrespondent meldet, hat der Neffe des früheren polnischen Außenministers Zaleski, der auch nach dem Rücktritt seines Onkels eine gewisse politische Rolle spielte, in Genf den Text einer geheimen Denkschrift verloren, deren Verfasser Zaleski jun. selbst ist und die sich mit den Zielen der polnischen Außenpolitik beschäftigt. Durch Zufall habe man das Dokument entdeckt und daraus entnommen, daß es zu den nächsten Zielen polnischer Außenpolitik gehöre, den Besitz der Provinz Ostpreußen sowie der Provinz Schlesien bis zur Oder sich zu sichern. Im übrigen scheine aus dem gefundenen Dokument hervorzugehen, daß die Denkschrift Zaleskis jun. an einen Kreis von Vertrauensleuten des polnischen Außenministeriums verschickt worden ist.

„Die Grenzmark – ein Uebergangsgebilde"

Rundfunkabschiedsrede des Oberpräsidenten von Bülow

Berlin, 24. Jan. Der Oberpräsident der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen, Dr. von Bülow, der mit dem 31. März d. J. in den Ruhestand tritt und die Amtsgeschäfte bereits am 1. Januar an seinen Nachfolger übergeben hat, verabschiedete sich am Dienstagabend mit einer Rundfunkansprache von der Provinz und der Grenzbevölkerung im deutschen Osten. Dem Deutschtum im entrissenen Gebiet, im vereinsamten Ostpreußen und dem deutschen Danzig übermittelte der Oberpräsident besondere Grüße. Bei seiner Tätigkeit habe er mit reinem Gewissen versucht, eine Synthese zwischen alter und neuer Zeit zu finden. Dabei könne er mit Genugtuung feststellen, daß er auch unter den Persönlichkeiten, die ihm politisch und weltanschaulich fernstanden, zahlreiche Männer gefunden habe, deren Ethos und Vaterlandsliebe er voll anerkennen müsse. Zum Schluß ging der scheidende Oberpräsident auf die Bedeutung der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen ein. Man habe hier im Osten ein Kleinod aus der deutschen Krone gebrochen. Ein Rest sei uns aber geblieben, und diesen Rest gelte es zu schützen und zu erhalten, bis das Verlorene wieder an seinen Platz eingefügt werde. Wir hätten das Land nicht auf dem Schlachtfelde verloren, und so wollten wir es auch ohne Schwert wiedergewinnen. Bis dahin gelte es, die schutzlose Grenze mit den besten Kräften zu schützen. Die körperliche und seelische Ertüchtigung der Grenzbevölkerung sei ihm daher stets als höchste Aufgabe erschienen. Nur mit wehrhaften Männern könne die Grenze verteidigt werden. Die Provinz Grenzmark sei nur ein Uebergangsgebilde, er hoffe, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem die Einheit des deutschen Ostens aufs neue begründet werde.

Freies Geleit für die Rotters?

Berlin, 24. Januar. Bei der Staatsanwaltschaft ist angekündigt worden, daß die Verteidigung der Gebrüder Rotter im Laufe des Mittwochs Fühlung mit der Staatsanwaltschaft nehmen werde, um die Frage zu klären, ob der Staatsanwalt bereit ist, den Gebrüdern Rotter bei einer eventuellen Rückkehr nach Deutschland freies Geleit zuzusichern und sie mit der Untersuchungshaft zu verschonen. Wenn sich die Staatsanwaltschaft auf derartige Unterhandlungen einlassen wird, so höchstwahrscheinlich nur dann, wenn die Rotters eine der Sachlage entsprechende hohe Summe bei der Gerichtskasse als Sicherheit hinterlegen.

Funkdirektor Knöpfke in Lugano

Berlin, 24. Januar. Der Direktor der Berliner Funkstunde AG., Knöpfke, hatte am vergangenen Sonnabend der Staatsanwaltschaft mitteilen lassen, daß er an einer Grippe erkrankt und bettlägerig sei. Inzwischen ist bekannt geworden, daß Knöpfke es vorgezogen hat, nach Lugano zu fahren. Wie der Verteidiger Knöpfkes, Dr. Freu, der Staatsanwaltschaft erklärt hat, handelt es sich bei Knöpfke um einen Nervenzusammenbruch.

Feuer auf einem Motorschiff im Hamburger Hafen

Hamburg, 24. Jan. An Bord des im Hafen liegenden Motorschiffes „Alsia", das 5800 BRT. groß ist und der Ostasiatischen Kompagnie in Kopenhagen gehört, brach am Dienstag aus bisher ungeklärter Ursache innerhalb der Ladung ein Feuer aus, das außerordentlich schnell um sich griff. Die Ladung besteht aus Kopra und Gummi.

Nach mehrstündiger Arbeit der Feuerwehren, die mit fünf Löschzügen, vier Löschdampfern und drei Löschbooten zur Stelle war, konnte das Feuer als lokalisiert gelten.

Der Wahltag in Irland

Dublin, 24. Jan. Der Wahltag in Irland verlief bis in die Nachmittagsstunden des Dienstag verhältnismäßig ruhig. Zu einem größeren Zwischenfall kam es nur in dem Badeorte Dalkey bei Dublin, wo mehrere Revolverschüsse zwischen Republikanern und Cosgrave-Anhängern gewechselt wurden. Verletzt wurde jedoch dabei niemand. Der Lordmajor von Dublin wurde von drei jungen Republikanern in seinem Wahlraum tätlich angegriffen. Er mußte von der Polizei befreit werden. **Jedes Wahllokal war von Polizisten und Miliz bewacht.**